Konfliktherd Gazastreifen: Staatsbildung in Ägyptens Hinterhof?

Thomas Demmelhuber

Thomas Demmelhuber

Zusammenfassung:
Der Gazastreifen steht nicht erst seit den Versuchen der ‚Gaza-Flotille' im Jahr 2010, die Seeblockade des Gazastreifens durch die israelische Marine zu durchbrechen, im Mittelpunkt öffentlichen Interesses. Schon seit dem Sieg der Hamas bei den Wahlen zum palästinensischen Legislativrat im Januar 2006 erfährt dieser dicht besiedelte Küstenstreifen im südöstlichen Mittelmeer eine wachsende mediale Aufmerksamkeit. Dieser Beitrag zielt darauf ab, nach der Akteurs- und Konfliktkonstellation im Gazastreifen und den Implikationen für das regionale Umfeld mit besonderer Berücksichtigung der Rolle Ägyptens zu fragen. Grundannahme ist dabei, dass die weitgehende Blockade des Gazastreifens zu Land und zu Luft sowohl an der israelischen Grenze als auch an der Grenze zu Ägypten aus institutioneller Sicht zu einer faktischen Verstaatlichung und Formalisierung der Herrschaftsstrukturen im Gazastreifen führte.

Der Gazastreifen steht nicht erst seit den Versuchen der ‚Gaza-Flotille' im Jahr 2010, die Seeblockade des Gazastreifens durch die israelische Marine zu durchbrechen, im Mittelpunkt öffentlichen Interesses. Schon seit dem Sieg der Hamas[1] bei den Wahlen zum palästinensischen Legislativrat im Januar 2006 und in Folge der gewaltsamen Übernahme der Regierungsgewalt durch die Hamas im Gazastreifen nach gescheiterten Vermittlungsbemühungen durch Saudi-Arabien im Jahr 2007, des anhaltenden Raketenbeschusses israelischer Städte aus dem Gazastreifen und des massiven israelischen Militäreinsatzes zum Jahreswechsel 2008/09 erfährt dieser dicht besiedelte, 40 Kilometer lange Küstenstreifen im südöstlichen Mittelmeer[2] eine wachsende mediale Aufmerksamkeit. Dementsprechend vielfältig erweist sich bei einer Sichtung der Literatur das Angebot an Studien zu den politischen Ambitionen der Hamas (meist im Kontext des Politischen Islam), völkerrechtlichen Fragen und Zuständigkeiten (Verantwortung Israels) sowie der Rolle externer Akteure (z.B. Iran). Vernachlässigt bzw. kaum rezipiert werden hingegen Binnenperspektiven und kritische Bestandsaufnahmen der Politikformulierung der Hamas-Regierung. Dies korreliert wohl mit der verbreiteten Grundeinschätzung, dass es sich bei der Hamas-Regierung lediglich um ein temporäres Regierungsintermezzo handele und die auf westlichen Terrorlisten stehende Hamas mitnichten eine legitime politische Kraft darstelle.

Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) Heft 1/2011, S. 63-72

Dieser Beitrag setzt sich dezidiert von dieser Grundannahme und obig skizziertem analytischen Zugang ab. Vielmehr soll nach der Akteurs- und Konfliktkonstellation im Gazastreifen und den Implikationen für das regionale Umfeld mit besonderer Berücksichtigung der Rolle Ägyptens gefragt werden. Grundannahme ist dabei, dass die weitgehende Blockade des Gazastreifens zu Land und zu Luft – trotz Lockerung 2010 – sowohl an der israelischen Grenze als auch an der Grenze zu Ägypten aus institutioneller Sicht zu einer faktischen Verstaatlichung und Formalisierung der Herrschaftsstrukturen im Gazastreifen führte. Die Isolation der Hamas durch die beteiligten Akteure (Nahostquartett[3], Ägypten und Israel), weil sie diese als Terrororganisation ansehen und die Hamas sich weiter weigert, das Existenzrecht Israels und das ‚Osloer Abkommensgefüge' anzuerkennen, hat bis dato nicht zu einem Stimmungsumschwung oder Regimewechsel im Gazastreifen geführt. Gleichzeitig verengt sich in diesem Prozess das Handlungsspektrum für Vermittlungsbemühungen der internationalen Staatengemeinschaft (d.h. im vorliegenden Fall des Nahostquartetts), um das strukturelle Problem, welches im innerpalästinensischen Konflikt um Machtanspruch und Deutungshoheit (Hamas vs. Fatah[4]) begründet ist, zu lösen. Das ständige Rekurrieren auf eine Zweistaatenlösung wird mit einer Verfestigung des innerpalästinensischen Konflikts ad absurdum geführt.

Nahostquartett

Aus regionaler Sicht steht die Arabische Republik Ägypten als Anrainerstaat innen-, sicherheits- und bündnispolitisch vor der Herausforderung, *erstens* die eigene Interessensagenda gegen innen- und regionalpolitische Widerstände durchzusetzen, *zweitens* den internationalen Erwartungen als Vermittler Rechnung zu tragen und *drittens* von den Konfliktparteien (hier v.a. Hamas und Fatah) sowie der gesamten Arabischen Welt als glaubwürdiger Vermittler akzeptiert zu werden. Ägyptische Politik in der ‚Gaza-Frage' zeigt aufs deutlichste, dass diese Verknüpfung außenpolitischer Interessen der Quadratur eines Kreises gleicht und dementsprechend die Regierung in Kairo eine sehr stark auf nationalstaatliche Interessen rekurrierende Politik mit einer klaren Prioritätensetzung verfolgt.

glaubwürdiger Vermittler

Ägypten und sein Hinterhof

Die relative territoriale Geschlossenheit des Gazastreifens ist ein Produkt der Frühphase des arabisch-israelischen Konflikts, der eng mit dem Großbritannien vom Völkerbund zugesprochenen ‚Palästinamandat' nach dem Ersten Weltkrieg korreliert (Konferenz von San Remo 1920). Geschwächt vom Zweiten Weltkrieg und nicht mehr in der Lage seinen imperialen Anspruch weltweit aufrecht zu erhalten, sowie zudem durch widersprüchliche außenpolitische Grundsatzentscheidungen in der Zwischenkriegszeit selbst in die regionale Konfliktdynamik verstrickt, kündigte Großbritannien die Rückgabe des Mandats an die Nachfolgeorganisation des Völkerbundes, die Vereinten Nationen (VN), an. Die VN reagierten mit einem Teilungsplan (Resolution 181 (GV), 29. November 1947), in dem die Bildung eines jüdischen und eines arabischen Staates angestrebt wurde. Jerusalem und Bethlehem sollten laut Teilungsplan unter inter-

Palästinamandat

Teilungsplan November 1947

nationaler Kontrolle bleiben. Während die jüdische Führung in Palästina mit realpolitischem Kalkül diesen Plan begrüßte, wurde die Resolution von arabischer Seite kategorisch abgelehnt. Was den Gazastreifen betraf, sah der UN-Teilungsplan von 1947 das Gebiet als Teil eines zukünftigen palästinensischen Staates an. Bis dahin sollte Ägypten ‚treuhänderisch' die Verantwortung übernehmen. Erst im Zuge des ersten arabisch-israelischen Kriegs 1948 besetzten ägyptische Truppen den Küstenstreifen und verwalteten das Gebiet mit kurzer Unterbrechung bis 1967 (‚Sechs-Tage-Krieg'). Nach dem Krieg von 1967 und dem territorialen Gebietsgewinn zugunsten Israels wurde der Gazastreifen Teil der von israelischen Streitkräften militärisch kontrollierten Gebiete und später auch Einzugsgebiet für jüdische Siedler.

Sechs-Tage-Krieg

Aus ägyptischer Sicht war das Gebiet des heutigen Gazastreifens in der jüngeren Geschichte nie konstitutiver Bestandteil ägyptischen Territoriums, was sich auch darin zeigte, dass die Regierung in Kairo von 1948 bis 1967 ein sehr rigides ägyptisches Staatsbürgerschaftsrecht durchsetzte und die Mobilität der Bevölkerung von Gaza im Vergleich zu dem von Jordanien verwalteten Westjordanland äußerst restriktiv handhabte. Erst die zahlreichen Verhandlungsrunden der 1990er Jahre zur arabisch-israelischen Aussöhnung (v.a. Madrid, Oslo I und Oslo II) brachten Bewegung in die Frage der Zuständigkeiten für den Küstenstreifen. So wurde mit dem Gaza-Jericho-Abkommen von 1994, das der Osloer Prinzipienerklärung zur vorübergehenden Selbstverwaltung folgte, die politische Verantwortung über den Gazastreifen auf die im gleichen Abkommen geschaffene Palästinensische Autonomiebehörde (PA) mit Sitz in Ramallah übertragen. Alle sicherheitsrelevanten Aspekte (Grenzkontrolle, Hoheit zu Luft und zu See) blieben weiterhin bei der israelischen Militärverwaltung. Erst der unilaterale und gegen Widerstand im eigenen Land erfolgte Rückzug des israelischen Militärs aus dem Gazastreifen unter der vom Likud geführten Regierung Scharon im Sommer 2005 führte zu einer für Ägypten neuen Akteurskonstellation an der nordöstlichen Staatsgrenze. An der Grenze zwischen dem Gazastreifen und Ägypten standen den ägyptischen Grenzbeamten nun nicht mehr israelische sondern Sicherheitskräfte der PA gegenüber.

Gaza-Jericho-Abkommen von 1994

Palästinensische Autonomiebehörde

Zwar konnte 2005 mit Unterstützung der Europäischen Union (EU) zwischen der PA, Israel und der EU eine Einigung über ein multilaterales Grenzregime, der *EU Border Assistance Mission Gaza* (EU BAM Gaza), erzielt werden, das in Zukunft den Personenverkehr am Grenzübergang Rafah regeln sollte. Israelischen Sicherheitsbedenken wurde mit einer Videoüberwachung des Grenzverkehrs durch israelische Grenzbeamte Rechnung getragen. Die operative Umsetzung des Grenzverkehrs endete allerdings bereits kurze Zeit später, als nach den Wahlen zum palästinensischen Legislativrat im Januar 2006 die Hamas die Mehrheit der Sitze errang und nach gescheiterten Vermittlungsbemühungen für eine Regierung der Nationalen Einheit (‚Mekka-Abkommen'), die Hamas im Gazastreifen gewaltsam die Macht übernahm. Sie sieht sich seitdem als die legitime palästinensische Regierung und erkennt die vom palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas ernannte Parallelregierung der PA für das Westjordanland unter Premierminister Salam Fayyad nicht an. Währenddessen scheiterten wiederholt von Ägypten initiierte Vermittlungsgespräche zwischen Vertretern von Fatah und Hamas in Kairo. So endeten bspw. die Gespräche 2009 nur vor-

EU Border Assistance Mission Gaza

Mekka-Abkommen

dergründig ergebnislos aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen darüber, mit welchem Wahlgesetz die de jure längst überfälligen palästinensischen Präsidentschaftswahlen durchzuführen seien.[5] Im Kern ging es vielmehr um Deutungshoheit, Machtansprüche, die strategische Ausrichtung und eine Abwägung der ‚Wahl der Mittel' in der Grundsatzfrage der politischen Entwicklung für eine zukünftige palästinensische Staatlichkeit.

Aspekte unilateraler Grenzpolitik

Ägypten hält den Grenzübergang bei Rafah mit der Begründung geschlossen, dass die Hamas kein legitimer Partner im Grenzabkommen von 2005 sei. Erst eine formale Beteiligung der PA an der Regierung im Gazastreifen würde aus ägyptischer Sicht einen geregelten Grenzverkehr ermöglichen. Die Hamas interpretiert die Sachlage anders. Man sieht sich nach dem Sieg in den von internationalen Beobachtern als frei und fair beschriebenen Wahlen[6] im Januar 2006 als rechtmäßige palästinensische Regierung an. Die Motivlage für die zögerliche Haltung der ägyptischen Regierung in der Grenzfrage ist dabei offenkundig. Die Regierung in Kairo folgt ihren innen-, sicherheits- und bündnispolitischen Interessen und will tunlichst vermeiden, die volle politische, ökonomische und humanitäre Verantwortung für den Gazastreifen zu übernehmen. Diese wäre umgehend gegeben, wenn die ägyptische Regierung einseitig die Grenze bei Rafah öffnen würde.

Hamas und der Iran

Zentral für Ägypten sind sicherheitspolitische Bedenken im Falle einer kompletten Öffnung der Grenze bei Rafah. Eine Infiltrierung durch Hamas-Kräfte im eigenen Land soll aus herrschaftspolitischen Gründen um jeden Preis vermieden werden. Das ist vor dem Hintergrund zu verstehen, dass die Hamas eine Schwesterorganisation der in Ägypten verbotenen, wenngleich geduldeten Muslimbruderschaft (MB) ist und die MB wiederum die wichtigste Oppositionskraft im Land darstellt. Zudem verfügt die Hamas über enge strategische Beziehungen zum iranischen Regime Ahmadinejad, was wiederum politisch brisant ist, da Ägypten seit fast drei Jahrzehnten aufgrund zahlreicher politischer und religiöser Streitigkeiten keine diplomatischen Beziehungen mit dem Iran unterhält.[7] Dieser Sachverhalt verleitet ägyptische Regierungsvertreter und regierungsnahe Journalisten zu der wiederholten Aussage, der Gazastreifen sei ein ‚islamisches Emirat' nach iranischem Vorbild und damit eine ernstzunehmende Bedrohung der nationalen Sicherheit.[8]

Unruheherd Sinai

Die Sinaihalbinsel ist seit der vollständigen Rückgabe an die Ägypter in den 1980er Jahren ein Unruheherd. Die Zentralregierung in Kairo tut sich schwer, das staatliche Gewaltmonopol gegenüber relativ autonom agierenden Beduinen-

stämmen auf dem Sinai einzufordern. Besondere Brisanz erlangt das ‚Sinai-Sicherheitsproblem' durch die zentrale Rolle, die der Südsinai für die ägyptische Tourismusindustrie einnimmt, da von den jährlich knapp 13 Millionen Touristen (Stand 2009) circa ein Drittel auf die Sinairegion entfällt. So haben Anschläge von angeblich *al-Qaida* nahe stehenden Beduinengruppen auf touristische Einrichtungen in der Vergangenheit (u.a. Sharm el-Sheikh 2005, Dahab 2006) vorübergehend die Nachfrage in der Tourismusbranche gedämpft und die Einnahmen aus dem Tourismusgeschäft zurückgehen lassen.

Ägypten als ‚Chefvermittler'

Die ägyptische Regierung will von seinen internationalen Partnern (in erster Linie EU und USA) aber auch von Israel als verlässlicher Partner wahrgenommen werden, um damit auch seine eigene Selbstwahrnehmung als zentraler Leitakteur in der Region bestätigt zu sehen. Diese Rolle ist auch Kernelement der strategischen Partnerschaft mit den USA seit dem Friedensschluss mit Israel im Rahmen des Camp-David-Abkommens von 1978, was jährlich mit militärischen Transferzahlungen in der Höhe von 1,3 Mrd. US-Dollar an die ägyptische Regierung honoriert wird. Innenpolitische Interessen entsprechen damit bündnispolitischen Zwängen und avancieren zu einer ‚win-win-Situation' für das ägyptische Regime, sofern man den operativ fast unmöglichen Spagat schafft, sich gleichzeitig auch als ehrlicher Makler der ‚palästinensischen Sache' darzustellen.

Religion und Realpolitik

Diese Ausgangssituation schafft seit der Abschottung des Gazastreifens durch Israel und Ägypten den Nährboden für einen inflationären Anstieg des informellen Grenzverkehrs und einen massiven Ausbau des Tunnelverkehrs zwischen dem Gazastreifen und der Sinai-Halbinsel. Zur Hochzeit der kompletten Isolation des Gazastreifens ab Januar 2008 waren es offensichtlich mindestens 400 Tunnels (lt. Regierungsvertreter der Hamas)[9], die den informellen Handel mit der Außenwelt nicht zum Erliegen brachten und das mittlerweile um 80 Prozent zurückgegangene, formale Importgeschäft etwas ausglichen.[10] Währenddessen ist das Exportgeschäft vor allem landwirtschaftlicher Erzeugnisse vollständig zum Erliegen gekommen.

Ägypten reagierte auf Druck seiner regionalen und internationalen Partner im Dezember 2009 mit US-amerikanischer Hilfe mit dem Bau eines massiven Stahlwalls, der Medienberichten zufolge nach Fertigstellung bis zu 20 Meter in die Tiefe reichen und damit jede Tunnelaktivität unterbinden soll.[11] Die Reaktionen in der Arabischen Welt waren höchst kontrovers: So sprach der einflussreiche TV-Mufti Youssef al-Qaradawi der ägyptischen Regierung jegliche religiöse Legitimation für dieses Bauvorhaben ab. Umgehend verwies die Regierung in Kairo auf ein höchst umstrittenes islamisches Rechtsgutachten (*Fatwa*) regierungstreuer Gelehrter der al-Azhar-Universität, die diesem Grenzwall den Anstrich religiöser Legitimation gaben, da das Bauprojekt der nationalen

Grenzwall für die nationale Sicherheit Ägyptens

Sicherheit Ägyptens diene.[12] Israel versucht nach gescheiterten Militäroffensiven[13] wiederholt mit seinen Streitkräften aus der Luft, den Tunnelhandel zu unterbinden. Dennoch floriert die ‚Tunnelindustrie' weiter. Berichte mehren sich, dass selbst der sich im Bau befindliche Stahlwall schon überwunden werden konnte. Mehr noch, die Tunnelwirtschaft differenziert sich arabischen Medienberichten zufolge nach Branchen weiter aus (z.B. Tunnels ausschließlich für Autohandel oder für den Benzin- und Gashandel).[14] Die Aufrechterhaltung der Blockade des Gazastreifens avanciert zu einem Wachstumsschub für das Tunnelgeschäft, in dem bspw. 2008 laut UNRWA[15] 20.000 Arbeitskräfte tätig waren.[16] Für die vorliegende Studie viel entscheidender ist aber, dass sich der Tunnelhandel neben der damit verbesserten Versorgung der Bevölkerung mit Gütern zu einem herrschaftspolitischen Eckpfeiler der Hamas-Regierung um Ministerpräsident Ismail Haniyeh entwickelt. Damit einhergehend erweist sich die Taktik Ägyptens und Israels (mit Zustimmung der palästinensischen Regierung im Westjordanland), die Hamas durch eine Isolation des Gazastreifens nachhaltig zu schwächen, als kontraproduktiv.

Tunnelindustrie

Konsolidierung der Hamas-Regierung

Die Verfestigung der Machtbasis der Hamas ist vor dem Hintergrund einer stark ausdifferenzierten und bis in das 19. Jahrhundert zurückreichenden Clan- und Familienstruktur im Gazastreifen zu sehen. Die historisch gewachsene Bevölkerungsstruktur wurde erst durch den Zustrom an palästinensischen Flüchtlingen im Zuge der ersten arabisch-israelischen Kriege aufgebrochen. Dennoch vermochten diese Clan- und Familienstrukturen ihre formalen und informellen Machtbeziehungen zu kompensieren. Vor allem in Zeiten eines Machtvakuums, so zum Beispiel nach dem unilateralen Rückzug Israels 2005, füllten Clans und Familien dieses Machtvakuum, indem sie quasi-staatliche Aufgaben wie öffentliche Sicherheit und sozialkaritative Grundversorgung übernahmen sowie in ihren jeweiligen Einflussgebieten institutionalisierte Formen des Konfliktaustrags schufen. Nach der Übernahme der Regierungsgewalt durch die Hamas 2007 schaffte es diese erst graduell die Gewährleistung öffentlicher Ordnung umzusetzen. So forderte die Hamas mit viel Pragmatismus im Umgang mit einflussreichen Clanstrukturen, deren Bündnislinien insbesondere nach Machtübernahme der Hamas sehr unübersichtlich blieben, diese Hoheit ein. Das geschah auch unter massivem Einsatz von Hamas-Sicherheitskräften, so beispielsweise im August 2009, als die Hamas gegen eine radikal-islamistische Gruppierung (*Jund Ansar Allah*) vorging, die mit Übergriffen und Bombenattentaten, den Herrschaftsanspruch der Hamas nicht anerkennen wollte und dazu aufrief, den ‚Widerstand' zu internationalisieren.

Clan- und Familienstrukturen

Mit der Verhängung einer Totalblockade des Gazastreifens durch Israel im Januar 2008 und der Einstellung von Transferzahlungen westlicher Geber stand die Hamas vor der Herausforderung, die defizitäre humanitäre Lage zu verbessern und gleichzeitig ihre Herrschaftsbasis gegenüber einzelnen Fatah-Gruppierungen und den weiter autonom agierenden Clanstrukturen weiter zu konso-

lidieren. Die ‚Tunnelindustrie' entwickelte sich dabei zu einem funktionalen Mittel der Herrschaftssicherung, indem die Hamas mit Pragmatismus und machtpolitischem Kalkül ihren Machtanspruch festigen konnte.

Formalisierung des Informellen

Erfolgreich verhindert die Hamas bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen vollständigen ökonomischen Kollaps im Gazastreifen. Zunächst schlugen noch die Gehaltsüberweisungen an Bedienstete der Autonomiebehörde aus Ramallah zu Buche (bis 2007). Hinzu kommt die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln durch die UNRWA, von denen laut VN-Statistik mindestens 60 Prozent der Gaza-Bevölkerung abhängig sind. Auch sind politisch motivierte Transferzahlungen aus der weiteren Region des Nahen Ostens (z.B. Iran), die meist in bar über Tunnels in den Gazastreifen gelangen, zu berücksichtigen.

Gehaltsüberweisungen

Versorgung durch die UNRWA

Transferzahlungen

Neben diesen Punkten sind aber vor allem Strategien bedeutsam, welche die pragmatische Anpassungsfähigkeit der Hamas zeigen, Einnahmen und damit ein Steueraufkommen im Gazastreifen zu generieren, um eine tragfähige Finanzbasis der Hamas-Regierung zu schaffen. So verhängt die Hamas, mit der Ausnahme von Grundnahrungsmitteln, die über die Tunnels aus Ägypten in den Gazastreifen gelangen, eine Mehrwertsteuer von knapp 15 Prozent auf jedes über einen Tunnel gehandelte Produkt. Für Zigaretten und Benzin gilt dabei noch ein höherer Steuersatz. Nebst Lizenzgebühr für jeden registrierten Tunnel treiben Hamas-Steuerbeauftragte direkt auf Gaza-Seite dieses Steueraufkommen ein. Als positiven Nebeneffekt können sie damit auch ihr Gewaltmonopol unter Beweis stellen, vor allem gegenüber einflussreichen Familienclans im Tunnelgeschäft. Ebenso hat die Hamas eine Lohnsteuer in der Höhe von fünf Prozent erhoben, die automatisch vom Lohn der mehr als 20.000 Bediensteten im öffentlichen Dienst abgezogen wird. Auch führte die Hamas eine in den Jahren zuvor nur rudimentär eingeforderte ‚Nummernschildpflicht' für Fahrzeuge im Gazastreifen ein (natürlich gegen Entrichtung einer Lizenzgebühr in der Höhe von 200 US-Dollar).[17] So hat sich die Hamas-Regierung erfolgreich eine im Ansatz tragfähige, alternative Finanzbasis geschaffen und das trotz Einstellung internationaler und innerpalästinensischer (durch Autonomiebehörde) Hilfszahlungen.

Mehrwertsteuer

Lizenzgebühr

Lohnsteuer

Nummernschildpflicht

Lockerung der Blockade

Die ‚Aufweichung' der Totalblockade des Gazastreifens mit einer Liste von 114 erlaubten Importprodukten durch die israelische Regierung im Juni 2010 (auch auf internationalen Druck hin) nahm umgehend Einfluss auf das Tunnelgeschäft. Der Handel mit Grundnahrungsmitteln, die nun wieder relativ ungehindert in den Gazastreifen importiert werden konnten, verlagerte sich schnell auf die formale Ebene, was das Tunnelgeschäft stark schwächte und Medienberichten zufolge dazu führte, dass drei Viertel der Tunnel derzeit ‚außer Betrieb' sind.[18] Schwerpunktgüter des informellen Handels sind nun vor allem Produkte, die weiter von Israel aus Sicherheitsbedenken zurückgehalten werden, wie Ze-

ment, Stahl, diverse Baumaterialen sowie klassische Schmuggelgüter wie Waffen und Geld.

Übernahme quasi-staatlicher Aufgaben

Insgesamt schafft es die Hamas mit einer Übernahme quasi-staatlicher Aufgaben erfolgreich ein Steueraufkommen zu generieren, das es der Regierung ermöglicht, ihre Grundaufgaben der öffentlichen Sicherheit, gesundheitlichen Grundversorgung oder auch den Wiederaufbau nach israelischen Militäroperationen im Ansatz zu finanzieren und die Löhne der Mitarbeiter des schnell wachsenden Stabs an Bediensteten in Behörden und in den Sicherheitsdiensten auch zu bezahlen. Eine daraus abzuleitende Konsolidierung der Hamas-Regierung ist deutlich erkennbar und widerspricht der ursprünglichen Zielsetzung der beteiligten Konfliktparteien, durch eine Isolation des Gazastreifens den Nährboden für einen Regimewechsel zu legen.

Konsolidierung der Hamas-Regierung

Fazit und Ausblick

Die seit dem unilateralen Rückzug der israelischen Streitkräfte 2005 zu beobachtende territoriale Geschlossenheit des Gazastreifens, die Stabilisierung der Regierungskontrolle der Hamas und die weiterhin bestehende Isolation von der Außenwelt leisten der Verfestigung einer Quasi-Staatlichkeit in Gaza weiter Vorschub. Der institutionelle Ausbau tragfähiger Strukturen in ‚Hamastan' parallel zum ‚Fatahland'[19] im Westjordanland schafft graduell eine normative Kraft des Faktischen, die einer ‚Zweistaatenlösung', welche von allen beteiligten Konflikt- und Vermittlerparteien gebetsmühlenartig wiederholt wird, zuwiderläuft.

Verfestigung einer Quasi-Staatlichkeit

Unabhängig von der Frage nach der Form zukünftiger palästinensischer Staatlichkeit, die im vorliegenden Beitrag von nachgeordneter Bedeutung ist, zeigt sich zweierlei: Das Verhalten der beteiligten Akteure, insbesondere Ägyptens und Israels führt zu einer Perpetuierung der komplexen Konfliktlage an den Grenzen zum Gazastreifen und verhindert ein Grenzregime, das den Grenzverkehr für Personen und Güter regelt, kontrolliert und dabei den sicherheitspolitischen Bedenken seitens Ägyptens und Israels Rechnung trägt. Ägypten lehnt das mit Verweisen auf die nationale Souveränität kategorisch ab und signalisiert wenig Verhandlungsbereitschaft. Ägypten verweigert sich damit auch der Anerkennung, dass die Formalisierung der Herrschaftsstrukturen im Gazastreifen eine neue politische Realität geschaffen hat. Letztere ‚Quasi-Staatlichkeit' im Gazastreifen passt offenkundig nicht in die politische Machtarithmetik der Regierung in Kairo.

Dennoch trägt dieser gegenwärtige Status quo ägyptischen innen- und bündnispolitischen Interessen nur kurzfristig Rechnung. Jeder Versuch seitens der ägyptischen Regierung den Grenzschutz massiv auszubauen und zu verstärken, konnte durch Improvisationskunst der Akteure des informellen Handels überwunden werden. Die Regierung in Kairo ist in ihrer Grenzpolitik zudem eingeschränkt, da sie nicht befugt ist, das Grenzpersonal beliebig aufzustocken. Immer noch gültige Höchstgrenzen von bewaffneten Sicherheitskräften auf der Sinai-Halbinsel, definiert durch das Camp-David-Abkommen von 1978 mit Israel, setzen der ägyptischen Regierung klare operative Grenzen. Für ein multilatera-

Camp-David-Abkommen

les Grenzregime mit Anerkennung der Machtverhältnisse im Gazastreifen fehlen dennoch bis auf weiteres der politische Wille von Ägypten und Israel sowie eine klare Willensbekundung seitens der USA, was die Regierungen in Kairo und Jerusalem derzeit mit Wohlwollen zur Kenntnis nehmen dürften.

Anmerkungen

1 Hamas steht einerseits als Akronym für Harakat al-muqawama al-islamiyya (‚Islamische Widerstandsbewegung') und andererseits wörtlich übersetzt für ‚Eifer, Enthusiasmus und Begeisterung'. Bei den Wahlen am 25. Januar 2006 zum palästinensischen Legislativrat errang die Hamas 74 von 132 Sitzen. Die Fatah kam auf 45 Sitze.

2 Bei einer Breite von durchschnittlich knapp zehn Kilometern ergibt sich eine Fläche von 365 km², was im deutschen Vergleich etwas mehr als der Fläche der freien Hansestadt Bremen (ohne Bremerhaven) entspricht. Mit über 4.100 Einwohnern pro km² ist die Siedlungsdichte entgegen häufiger Darstellung im Normbereich urbaner Siedlungen und nur minimal höher als die Bevölkerungsdichte Berlins. Hingegen liegt die Bevölkerungsdichte in dreien der acht Flüchtlingslagern des Gazastreifens bei über 80.000 (!) pro km² (eigene Berechnungen mit Daten von CIA World Fact Book, abrufbar unter: https://www.cia.gov/library; Palestinian Return Centre, abrufbar unter: http://www.prc.org.uk; jeweils eingesehen am 1. Oktober 2010).

3 Das Quartett ist eine Gruppe von Akteuren, die den ‚Friedensprozess' zwischen Israelis und Palästinenser vermittelt. Gegründet 2002, gehören dem Quartett die Vereinten Nationen (VN), die Europäische Union (EU), die USA und Russland an. Seit 2007 ist Tony Blair Sondergesandter des Nahostquartetts.

4 Die Fatah ist stärkste Fraktion in der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Ihr gehört auch der amtierende palästinensische Präsident Mahmoud Abbas an. Fatah steht seit dem Gründungsjahr 1959 als Abkürzung für Harakat al-tahrir al-watani al-filastini (‚Nationale Palästinensische Befreiungsbewegung'). Sie geht u.a. auf Yassir Arafat, einen ihrer Gründer, zurück.

5 Die Hamas forderte unter anderem ein Verhältniswahlsystem ein, wohingegen die Fatah für eine Mischung aus Verhältnis- und Mehrheitswahl eintrat. Die Motivation ist offensichtlich. Die Fatah fürchtet über ein reines Listenwahlrecht die zahlenmäßig starke Population in der Hamas-Hochburg Gazastreifen.

6 Vgl. Pressemitteilung des EU-Parlaments (EP06-007EN) vom 26. Januar 2006.

7 Ägypten und der Iran unterhalten seit dem Friedensschluss zwischen Israel und Ägypten 1979 keine vollen diplomatischen Beziehungen mehr. Die ‚Eiszeit' zwischen Ägypten und Iran begann mit dem Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel im Zuge von Camp David I (1978). Als ein Jahr später, nach der Revolution in Teheran, Ägyptens Präsident Sadat dem iranischen Schah Mohamed Reza Pahlavi das Exil anbot, erreichten die Beziehungen zwischen Kairo und dem neuen Regime in Teheran einen vorläufigen Tiefpunkt. Auf die Ermordung Sadats durch islamistische Extremisten im darauf folgenden Jahr reagierte das Regime in Teheran mit der Glorifizierung des Attentäters Khaled Islambuli. In Teheran wurde unter anderem eine Straße nach ihm benannt.

8 Vgl. u.a. Zvi Bar'el, 'Neighbors/The Muslim Brotherhood – Iran's brothers-in-arms?' in: Haaretz, 31. Dezember 2008; Ursula Lindsey, 'Egypt's Wall', in: Middle East Report Online, 1. Februar 2010 (abrufbar unter: http://www.merip.org, eingesehen am 3. November 2010).

9 Entspricht den von der Hamas registrierten Tunnels. Die tatsächliche Zahl der operativen Tunnels (vor der Operation ‚Gegossenes Blei') war höher, da die Hamas das Tunnelgeschäft nie vollständig kontrollierte.

10 Vgl. Zahlen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz: IKRK, 'Gaza: 1.5 million people trapped in despair', abrufbar unter: http://www.icrc.org (eingesehen am 5. November 2010).

11 Vgl. u.a. Rory McCarthy, 'Egypt Building Underground Metal Wall to Curb Smuggling into Gaza', in: The Guardian, 10. Dezember 2009.

12 Vgl. Rachelle Kliger, 'Egypt's steel wall sparks »fatwa war«', in: The Jerusalem Post, 4. Januar 2010; vgl. zu dem ‚Fatwa-Krieg': Tally Helfont, 'Egypt's Wall with Gaza & the Emergence of a New Middle East Alignment', in: Orbis – A Journal of World Affairs, Summer 2010, S. 426-440 (S. 434ff.).
13 Die eigentlichen Ziele der ‚Operation Gegossenes Blei' 2008/09 waren ein Regimewechsel, die Befreiung des weiterhin verschleppten israelischen Soldaten Gilad Shalit, eine Unterbindung der Tunnelwirtschaft und eine Verhinderung des Raketenbeschusses aus dem Gazastreifen. Keines dieser drei Ziele konnte erreicht werden. Shalit befindet sich immer noch in Gefangenschaft, die Herrschaftsbasis der Hamas konsolidiert sich weiter und die Tunnelwirtschaft nimmt immer größere Ausmaße an. Lediglich der Raketenbeschuss hat seit Jahresbeginn 2009 drastisch abgenommen.
14 Vgl. Schlagzeile des saudischen Nachrichtensenders al-Arabiyya vom 25. September 2009.
15 UNRWA steht für United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East.
16 UNRWA, The Gaza Labour Market. A Briefing Paper, Amman u.a. 2009, S. 21.
17 International Crisis Group, 'Ruling Palestine I: Gaza under Hamas', in: Middle East Report, n°73 (2008), Brüssel u.a., S. 16f.
18 Ibrahim Barzak, 'Easing of Gaza blockade leaves many smugglers idle', in: The Associated Press, 2. November 2010.
19 In Anlehnung an den Beitrag von Asseburg, vgl. Muriel Asseburg, ‚»Hamastan vs. Fatahland«: Fortschritt in Nahost?', in: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell, 35 (2007).